

Ausbildungsumlage einführen!

140.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz

In der Bundesrepublik fehlen in diesem Jahr rund 140.000 Ausbildungsplätze. Auf einen einzigen Ausbildungsplatz kommen durchschnittlich vier Bewerberinnen und Bewerber, in Ostdeutschland sind es sogar dreizehn. Immer mehr Jugendliche werden in Warteschleifen abgeschoben. Viele beginnen, ohne eine Ausbildung nach Arbeitsmöglichkeiten zu suchen. Die meisten von ihnen rutschen nach kurzer Zeit in die Arbeitslosigkeit oder in prekäre Beschäftigung ab.

Die Politik der Bundesregierung ist gescheitert

Die Bundesregierung versucht, diese Misere mit statistischen Tricks zu verschleiern: Jugendliche in Warteschleifen oder vorübergehenden Arbeitsverhältnissen werden in der Ausbildungsbilanz so erfasst, dass nach diesen Berechnungen „nur“ 40.000 Plätze fehlen. Diese geschönte Bilanz wird zum Anlass genommen, die bisherige Ausbildungspolitik trotz ihrer Wirkungslosigkeit unverändert fortzusetzen. So hat Bundesbildungsministerin Annette Schavan Anfang des Jahres den mit den Arbeitgebern geschlossenen Ausbildungspakt verlängert. Dieser „Mogelpakt“ beschränkt sich auf unverbindliche Appelle an die Arbeitgeberseite. Wenn die Vereinbarungen nicht eingehalten werden, drohen keinerlei Sanktionen.

Angriffe auf die Rechte von Auszubildenden

Gleichzeitig halten die Angriffe auf die Rechte von Jugendlichen an. Die Absenkung des ohnehin zu niedrigen Arbeitslosengeldes II für junge Menschen unter 25 Jahren hat die Große Koalition bereits beschlossen. Insbesondere die CDU versucht, weitere Verschlechterungen für Auszubildende durchzusetzen: Vergütung soll abgesenkt, das Jugendschutzgesetz durchlöchert, die Mitbestimmung eingeschränkt und Schmalspurausbildung ausgeweitet werden.

Wir fordern mehr und bessere Ausbildungsplätze

- Eine gesetzlich verankerte Umlagefinanzierung ist ein erster Schritt zur Lösung der Ausbildungsplatzmisere. Die Wirtschaft darf sich nicht weiter aus ihrer Pflicht zur Finanzierung der Ausbildung zurückziehen. Wer nicht ausbildet, muss zahlen. Wer ausbildet, muss unterstützt werden!
- Jugendliche haben ein Recht auf ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes müssen auf 100 Bewerberinnen und Bewerber mindestens 112 Ausbildungsplätze kommen.
- Die Rechte von Auszubildenden dürfen nicht weiter eingeschränkt werden. Der Ausbildungsplatzmangel darf nicht zu massivem Qualitätsabbau in der Ausbildung missbraucht werden. Der Jugendarbeitsschutz muss erhalten und ausgebaut werden.
- Mehr und bessere Förderprogramme sind notwendig. Mit bisherigen Sonderprogrammen enden Jugendliche zu oft auf dem Abstellgleis. Jugendliche müssen darin unterstützt werden, einen qualifizierten Berufsabschluss erwerben zu können.



www.linksfraktion.de

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G